



Tariflöhne und -gehälter 2014: Reale Tarifsteigerungen von 2,2 Prozent

Tariflöhne und -gehälter 2014: Reale Tarifsteigerungen von 2,2 Prozent
Analyse des WSI - Tarifarchivs
Die Tariflöhne haben im Jahr 2014 real (nach Abzug der Inflation) spürbar zugelegt. Die Verbraucherpreise sind im vergangenen Jahr um 0,9 Prozent gestiegen, die Tarifvergütungen dagegen um nominal 3,1 Prozent. Daraus ergibt sich im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt ein reales Wachstum der Tariflöhne und -gehälter um 2,2 Prozent. Zu diesem Ergebnis kommt die Bilanz der Tarifpolitik des Jahres 2014, die das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung heute vorlegt. "Bereits seit 2009 ist es den Gewerkschaften gelungen, Tarifsteigerungen durchzusetzen, die oberhalb der laufenden Preissteigerungsrate lagen", sagt Dr. Reinhard Bispinck, Leiter des WSI-Tarifarchivs. Eine Ausnahme bildete lediglich das Jahr 2011 (siehe Grafik 1 in der pdf-Version dieser Pressemeldung; Link unten).
Am höchsten fällt die jahresbezogene Tarifsteigerung mit nominal 3,5 Prozent in den Bereichen Gebietskörperschaften, Sozialversicherung sowie private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck aus, gefolgt vom Handel mit 3,2 Prozent. Das Investitionsgütergewerbe lag mit 3,1 Prozent genau im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Das Baugewerbe erreichte 3,0 Prozent, das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe 2,9 Prozent und das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe 2,8 Prozent. Um 2,5 Prozent stiegen die tariflichen Entgelte in den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft. Die Finanzdienstleistungen (Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe) wiesen einen Anstieg um 2,4 Prozent auf, das Verbrauchsgütergewerbe 2,2 Prozent und schließlich der Bereich Energie- und Wasserversorgung, Bergbau 1,4 Prozent (siehe Grafik 2 in der pdf-Version).
Bei den effektiven Bruttoeinkommen - hier fließen unter anderem auch die Einkommen von Beschäftigten ein, die nicht nach Tarif bezahlt werden - fiel der Zuwachs im vergangenen Jahr ähnlich aus: Die Bruttolöhne und -gehälter sind 2014 nominal je Arbeitnehmer/in um 2,7 Prozent gestiegen, preisbereinigt bedeutet dies einen Anstieg um 1,8 Prozent.
Insgesamt schlossen die DGB-Gewerkschaften in Deutschland im vergangenen Jahr Lohn- und Gehaltstarifverträge für rund 7,6 Mio. Beschäftigte ab, darunter etwa 6,5 Mio. in den alten und 1,1 Mio. in den neuen Bundesländern. Die Laufzeit der Verträge beträgt durchschnittlich 22,4 Monate und liegt damit etwas niedriger als im Vorjahr mit 22,8 Monaten. Für weitere 11,5 Mio. Beschäftigte traten im Jahr 2014 Erhöhungen in Kraft, die bereits 2013 oder früher vereinbart worden waren.
Die Tarifrunde 2015 hat begonnen: Verhandelt wird bereits in der Metall- und Elektroindustrie. In Kürze folgen der öffentliche Dienst (Länder) und die chemische Industrie.
Die wirtschaftliche Ausgangssituation für die Tarifrunde 2015 entwickelt sich nach Auffassung des WSI-Tarifexperten positiv. Die Prognosen gehen von einer Verbesserung der Konjunktorentwicklung aus. "Zur erforderlichen Stabilisierung dieser wirtschaftlichen Entwicklung kann die Tarifpolitik einen wirkungsvollen Beitrag leisten. Angesichts der anhaltenden Rezession in vielen europäischen Ländern und der Deflationsgefahren kommt einer dauerhaften Stärkung der Lohnentwicklung und damit der Binnennachfrage gerade in Deutschland eine große Bedeutung zu", sagt WSI-Tarifexperte Bispinck.
Ansprechpartner in der Hans-Böckler-Stiftung
Dr. Reinhard Bispinck
Leiter WSI-Tarifarchiv
Tel.: 0211-7778-232
E-Mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de
Rainer Jung
Leiter Pressestelle
Tel.: 0211-7778-150
E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

Pressekontakt

Hans-Böckler-Stiftung

40227 Düsseldorf

Reinhard-Bispinck@boeckler.de

Firmenkontakt

Hans-Böckler-Stiftung

40227 Düsseldorf

Reinhard-Bispinck@boeckler.de

Die Hans-Böckler-Stiftung ist das Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des DGB. Sie ist in allen ihren Aufgabenfeldern der Mitbestimmung als Gestaltungsprinzip einer demokratischen Gesellschaft verpflichtet. Sie wirbt für diese Idee, unterstützt Mandatsträger in Mitbestimmungsfunktionen und tritt für erweiterte Mitbestimmungsrechte ein.